

Dresden, 23. Dezember 2009

## **Kurzinformation über wichtige Ereignisse und Aktivitäten extremistischer Organisationen im Monat November 2009**



Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

<b>Inhaltsübersicht</b>
-------------------------

**1. Rechtsextremismus****1.1 Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund**

„Junge Nationaldemokraten“ (JN) verkünden die Gründung neuer Stützpunkte.....	3
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) plant Strategiekommision .....	4
Rechtsextremistische Demonstration am 28. November 2009 in Döbeln unter dem Motto „Volkstod verhindern – Recht auf Zukunft sichern“ .....	4
„Freie Kräfte“ wieder im Internet vertreten .....	5
Neue „Schulhof-CD“ .....	5
Zu erwartende Aktivitäten von Rechtsextremisten im Februar 2010 anlässlich des 65. Jahrestages der Zerstörung Dresdens im zweiten Weltkrieg.....	5
<b>1.2 Herausragende Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund .....</b>	<b>5</b>

**2. Linksextremismus****2.1 Ereignisse mit linksextremistischem Hintergrund**

Aktivitäten von Linksextremisten im Zusammenhang mit dem 65. Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945 .....	7
<b>2.2 Herausragende Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund .....</b>	<b>8</b>

**3. Ausländerextremismus****Islamismus/Islamistischer Terrorismus**

Urteilsverkündung im Prozess gegen den Mörder der Ägypterin Marwa El-Sherbiny .....	9
--	---

# 1. Rechtsextremismus

## 1.1 Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund

### **„Junge Nationaldemokraten“ (JN) verkünden die Gründung neuer Stützpunkte**

Im Freistaat Sachsen agiert die neonationalsozialistische Kameradschaftsszene seit einiger Zeit unter dem „Deckmantel“ der Jugendorganisation der NPD, der JN. Diese Tendenz erreicht gegenwärtig eine neue Qualität, indem das bisher lose strukturierte Kameradschaftspotenzial gebündelt und in feste JN-Strukturen integriert wird, die zu diesem Zweck gebildet werden.

Die Gründung von vier JN-Stützpunkten in Nordsachsen bestätigt diese Tendenz.

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist einerseits bemüht, die Kameradschaftsszene über eine integrierend wirkende Führungsperson stärker an den Parteienbereich zu binden. So wurde im Internet verkündet, dass am 22. November 2009 mit der Gründung der JN-Stützpunkte in Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz und Wurzen ein „großer Schritt zur organisatorischen Erfassung der volkstreu en Jugend in den Altkreisen Delitzsch, Torgau-Oschatz und Muldentale getan“ worden sei. Man habe auf der Gründungsversammlung mehr als 80 Interessenten begrüßen können. Die vier Stützpunktleiter sollten nun die „nationalen Kräfte“ bündeln, „die bisher als Kameradschaften oder Einzelpersonen eher nebeneinander als miteinander politisch gearbeitet haben, und sie zu einer jugendlichen Gesinnungs- und Tatgemeinschaft unter dem Dach der NPD“ formen. Durch die Gründung dieser Stützpunkte sei im Regierungsbezirk Leipzig eine „noch nie dagewesene Organisationsstruktur der nationalen Jugend“ entstanden. Ein weiterer Stützpunkt soll in Borna gegründet werden.

Initiator und „Motor“ dieses Integrationsprozesses soll ein NPD-Funktionär sein, der ursprünglich aus dem Kameradschaftsmilieu stammt. Er ließ sich in die NPD integrieren und ist mittlerweile auch Mitglied im Landesvorstand. Er soll im Sinne der Partei Einfluss auf die Szene nehmen und sie für die Partei instrumentalisieren und organisieren. In einer von ihm verfassten Internetmeldung heißt es: Die „nationale Jugend (stehe) nun ebenfalls bereit um im Hinblick auf die nächsten Wahljahre die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, aus dem bereits bestehenden Wurzelgeflecht in Sachsen unverrückbare Bäume wachsen zu lassen.“

Andererseits zeigt sich die Absicht, die JN zu einer Struktur der Kameradschaftsszene zu entwickeln. So soll – einer Mitteilung im Internet zufolge - auf der Gründungsveranstaltung ein Mitglied des gastgebenden JN-Stützpunktes Leipzig erläutert haben, warum „Nationale Aktivisten“ in eine Organisation gehören. Hauptgründe dafür seien die „Effektivität sowie die „leistungsbezogene Bildung organisatorischer Strukturen“. Diese wären für eine „dauerhafte Substanz und einheitliche Ausrichtung loser Kameradschaften“ unerlässlich. Einer „verworfenen Hierarchie verbunden mit oft ins Leere laufendem Aktionismus“ müsse man „eine einheitliche Basis gegenüberstellen“, die der Weltanschauung der Rechtsextremisten „greifbare Formen gibt, um für das Volk als Organisation und Gemeinschaft auch wahrnehmbar zu sein“. Die JN solle dabei „nicht nur Fragment des breit gefächerten Sammelbeckens ‚Nationaler Widerstand‘ (...) sein, sondern Zahn im Getriebe einer fortschrittlichen und einheitlichen Bewegung“.

### Bewertung

Es bleibt abzuwarten, ob sich Angehörige dieser eher außerparlamentarisch orientierten Szene mittel- oder langfristig in die JN integrieren lassen, zumal der geplante Aufbau einer „einheitlichen Basis“ im Widerspruch zum Konzept der „Freien Kräfte“ steht, die der NPD kritisch gegenüberstehen und im Hinblick auf Organisationsverbote feste Strukturen eher ablehnen. Allerdings bietet gerade die JN als „integraler Bestandteil der NPD“<sup>1</sup> diesbezüglich mehr Sicherheit, da sie am Parteienprivileg teilnimmt. Ursache dafür, dass diese Entwicklung

<sup>1</sup> § 23 der Satzung der NPD vom 16./17. März 2002.

insbesondere in Nordsachsen zu beobachten ist, könnte sein, dass der Initiator eine hohe Reputation in der dortigen Szene besitzt und ein beachtliches Potenzial für dieses Vorhaben motivieren kann.

Die dauerhafte Umsetzung dieses Konzepts wird vor allem davon abhängen, ob sich die in der JN sammelnden Rechtsextremisten von der NPD vereinnahmen lassen oder ihre eigenen Interessen innerhalb der JN vertreten. Entscheidend wird aber auch sein, welchen Einfluss die „Mutterpartei“ auf ihre Jugendorganisation hat, bzw. inwieweit es der JN gelingt, sich unabhängig von der NPD zu etablieren. Zumindest weltanschaulich und ideologisch haben die „Freien Kräfte“ und die JN die gleichen Grundpositionen. Daraus könnte sich durchaus eine tragfähige Basis entwickeln. Allerdings könnten strategische und ideologische Differenzen zwischen NPD und JN diese Zweckgemeinschaft behindern.

### **„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) plant eine Strategiekommission**

Das für die NPD ernüchternde Wahlergebnis von 1,5 % der Stimmen bei der letzten Bundestagswahl veranlasste die Parteiführung zu einer erneuten Strategiedebatte. Der Bundesvorsitzende Udo VOIGT stellt in diesem Zusammenhang die Frage, „ob die Verpackung unserer politischen Vision noch stimmt“ und resümiert, dass die Partei neue strategische und taktische Überlegungen brauche, wie man die Positionen der NPD an den Wähler bringe. Aus diesem Grunde sei beabsichtigt, im Januar 2010 eine Strategiekommission einzuberufen. Der sächsische Landesvorsitzende Holger APFEL soll einer Internetmeldung zufolge gegenüber der Presse geäußert haben, dass es ein positiver Zug von VOIGT sei, wenn er erkenne, dass man was ändern müsse. Darüber hinaus kursiere in der rechtsextremistischen Szene eine Teilnehmerliste dieser „Strategiekommission“, in der auch APFEL sowie ein weiterer Landesvorsitzender, der dem Bundesvorstand bisher kritisch gegenübergestanden habe, aufgeführt seien.

#### Bewertung

Offenbar überdenkt VOIGT angesichts der Wahlergebnisse seinen noch im Sommer unter der Bezeichnung „Deutscher Weg“ verkündeten neuen Kurs. Darüber hinaus hat er mit dem Tod seines Stellvertreters Jürgen RIEGER im Oktober 2009 einen wichtigen Unterstützer und Anhänger der neonationalsozialistisch orientierten Kräfte im Bundesvorstand verloren. Holger APFEL, der kurz nach dem Bundesparteitag 2009 einen „Sächsischen Weg“ verkündete, sieht seine Position durch den erneuten Einzug in den Sächsischen Landtag gefestigt und hält den „Sächsischen Weg“ für Erfolg versprechender. Die NPD könnte aufgrund dessen im kommenden Jahr vor einer neuen Zerreißprobe stehen, bei der die alten Gräben wieder aufbrechen und die Machtverhältnisse innerhalb der Partei erneut zur Debatte stehen.

### **Rechtsextremistische Demonstration unter dem Motto „Volkstod verhindern – Recht auf Zukunft sichern“ am 28. November 2009 in Döbeln**

Die Demonstration war von zwei Neonationalsozialisten und Führungspersonen der ehemaligen „Division Döbeln“ angemeldet worden.

Mit 155 Teilnehmern wurden die Erwartungen der Veranstalter weit übertroffen, welche mit ca. 60-70 Personen gerechnet hatten. Der größte Teil der Veranstaltungsteilnehmer stammte aus Sachsen und rekrutierte sich aus Anhängern der so genannten „Freien Kräfte“.

#### Bewertung

Die Demonstration war ein weiterer Versuch, an die rechtsextremistische Demonstration unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ zu erinnern, die am 17. Oktober 2009 in Leipzig von der Polizei aufgelöst worden war.

Die nach nur viertägiger Mobilisierung erreichte Teilnehmerzahl ist ein erneuter Beleg für die kurzfristige Mobilisierungsfähigkeit der „Freien Kräfte“ in Sachsen. Außerdem wird deutlich,

dass auch ein allgemein gehaltenes Motto eine beachtliche Integrationskraft innerhalb der neonationalsozialistischen Szene besitzt.

### ***„Freie Kräfte“ wieder im Internet vertreten***

Am 11. Juli dieses Jahres wurde das Internetportal der „nationalen Bewegung“ Westsachsens vom Netz genommen. Seit November sind die „Freien Kräfte“ der Region im Internet wieder präsent.

Die Szene war offenbar bemüht, ihre Kommunikationsplattform so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Dadurch wird der hohe Stellenwert unterstrichen, den die Internetplattformen für die Logistik der Szene besitzen.

### ***Neue „Schulhof-CD“***

Eine rechtsextremistische Gruppierung aus Niedersachsen bietet auf ihrer Homepage eine neue „Schulhof-CD“ mit dem Titel „Heimat ist auch Jugendsache“ zum Download an. Außerdem können die zugehörigen Cover, Inlays und Backcover abgerufen werden. Angaben im Internet zufolge sollen verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen, Vertriebe und Bands das Erscheinen der CD unterstützt haben, darunter der Geschäftsführer des „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ sowie die rechtsextremistische Band T.H.O.R. aus Schneeberg.

### ***Zu erwartende Aktivitäten von Rechtsextremisten im Februar 2010 anlässlich des 65. Jahrestages der Zerstörung Dresdens im zweiten Weltkrieg***

Der Landesverband Sachsen/Niederschlesien der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland e. V.“ (JLO) meldete anlässlich des 65. Jahrestages der Zerstörung Dresdens im zweiten Weltkrieg zu drei verschiedenen Terminen Aufzüge in Dresden an.

Im Internet ruft die Gruppierung jedoch lediglich zur Teilnahme an der Veranstaltung am 13. Februar 2010 auf. Auch andere rechtsextremistische Organisationen mobilisieren bundesweit für den 13. Februar 2010. Der seit 1999 regelmäßig stattfindende Trauermarsch hat sich für Rechtsextremisten zu einer Veranstaltung von europaweiter Bedeutung entwickelt. Er ist derzeit bundesweit die größte rechtsextremistische Demonstration. Auch im Jahr 2010 ist wieder mit einer Beteiligung von mehreren tausend Rechtsextremisten zu rechnen, zumal der 13. Februar auf einen arbeitsfreien Sonnabend fällt.

Es muss damit gerechnet werden, dass sich auch wieder gewaltbereite Rechtsextremisten an der Veranstaltung beteiligen werden. Angesichts des historischen Anlasses werden die Verantwortlichen des Trauermarsches – wie in den Vorjahren – voraussichtlich auf geordnete Verhältnisse innerhalb des Aufzuges hinwirken. Hierdurch können aber Gewaltreaktionen nicht sicher ausgeschlossen werden.

## **1.2 Herausragende Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund**

### ***Körperverletzung in Dresden***

In der Nacht des 7. November 2009 beleidigte ein der Polizei bekannter Tatverdächtiger zwei indische Asylbewerber mit ausländerfeindlichen Parolen. In der Folge schlug er mehrfach auf seine Opfer ein. Einer der Geschädigten wurde leicht verletzt.

***Sachbeschädigung in Chemnitz***

Am 24. November 2009 wurde eine Fensterscheibe des Vereins „Wiederbelebung kulturellen Brachlandes e. V.“ eingeworfen. Zeugenaussagen zufolge soll die Tat aus einer Gruppe von sieben Personen heraus begangen worden sein. Dabei soll u. a. lautstark „Antifa, ha, ha, ha“ skandiert worden sein. Die Ermittlungen der Polizei dauern an.

***Körperverletzung in Dresden***

Am 18. November 2009 griffen zwei unbekannte Tatverdächtige einen Mann in der Robert-Matzke-Str. 16 mit den Worten „(...) und du bist einer von der Antifa“ an und schlugen mehrfach auf ihn ein. Der Geschädigte wurde verletzt.

Bereits Stunden zuvor waren etwa 20 zum Teil vermummte Personen durch die Straße gezogen und hatten dabei u. a. lautstark antisemitische Parolen gegrölt. Die Eingangstür der Robert-Matzke-Str. 16 war dabei mit Ziegelsteinen beworfen worden.

## 2. Linksextremismus

### 2.1 Ereignisse mit linksextremistischem Hintergrund

#### ***Aktivitäten von Linksextremisten im Zusammenhang mit dem 65. Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945***

Ein bundesweites Bündnis „No pasarán!“, dem insbesondere linksextremistische Gruppen zuzurechnen sind, will mit „Massenblockaden“ den erwarteten rechtsextremistischen Aufzug verhindern. Dazu setzt es auf ein breites Bündnis mit nicht extremistischen Organisationen und Gruppierungen. Zur Vorbereitung einer „spektrrenübergreifenden Zusammenarbeit“ richtete es am 6./7. November 2009 eine so genannte Aktivierungskonferenz in Dresden aus. Nach Darstellung von „no pasarán!“ nahmen daran sowohl „autonome Antifaschisten“ als auch Nichtextremisten teil. In einer gemeinsamen Resolution hätten diese ihre Entschlossenheit bekundet, durch „gemeinsame Aktionen“ den „Neonaziaufmarsch am 13. Februar 2010 zu verhindern“ und dabei auf „das Mittel der Massenblockaden“ zu setzen. „No pasarán!“ schließt offensichtlich die Anwendung von Gewalt als Aktionsform nicht aus: „Ein Protest, der sich allein auf militante Aktionsformen reduziert, verkennt den Umstand, dass dem Großaufgebot an Polizei und der hohen Anzahl an Neonazis mit rein taktischen Mitteln nicht beizukommen ist.“

Nach Darstellung der wortführenden linksextremistischen Gruppierung „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) sollten an der Konferenz auch Vertreter dieser Gruppierung teilnehmen. Die ALB startete ihre Mobilisierung „DRESDEN 2010 CALLING!“ für „no pasarán!“ bereits im Anschluss an die linksextremistischen Aktivitäten vom 14. Februar 2009 in Dresden, zu denen sie ebenfalls mobilisiert hatte.

#### Hintergrund

Das Bündnis „no pasarán!“ ging aus einem bundesweiten Demonstrationenbündnis hervor, das bereits zu den Gegenaktivitäten zu einem Aufzug der rechtsextremistischen „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) am 14. Februar 2009 innerhalb der autonomen Szene mobilisiert hatte. Aktuell gehören ihm insbesondere Gruppen des in Nordwestdeutschland aktiven „Avanti“-Bündnisses, die ALB, die Gruppe „Für eine linke Strömung“ (FeLS Berlin) sowie „Libertad!“ (Berlin) an. Diese Gruppierungen sind in der bundesweit aktiven „Interventionistischen Linken“ (IL) organisiert, die ebenfalls zu dem Demonstrationenbündnis zählt.<sup>2</sup> Der Demonstrationenaufruf für den 14. Februar 2009 war von zahlreichen Gruppierungen des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums unterstützt worden. An dem Aufzug hatten sich etwa 3.500 Personen beteiligt, darunter etwa 500 unmittelbar gewalttätige Personen, die massiv gegen die Polizei und deren Fahrzeuge vorgegangen waren. Die offensichtlich auch am Aufzug beteiligte ALB bezeichnete die Ausschreitungen als „absolut nachvollziehbar“ und resümierte: „Autonomer Antifaschismus heißt auch Unversöhnlichkeit mit den bestehenden Verhältnissen und nicht das schweigende Hinnehmen von staatlicher Gewalt.“

Neben „no pasarán!“ ist auch der „Vorbereitungskreis 'Keine Versöhnung mit Deutschland'“ in diesem Zusammenhang aktiv, der im Vorjahr bereits zu eigenen Kundgebungen mobilisiert hatte. Er steht in der Tradition der „antideutsch“ orientierten Mobilisierungen der vergangenen Jahre und nutzt eine Internetseite, die der lokalen autonomen Szene zuzurechnen ist. Der Vorbereitungskreis kritisiert das Gedenken am 13. Februar als eine „Relativierung deutscher Schuld“ und als „geschichtsrevisionistisch“. Es ist zu erwarten, dass er wie im Vor-

---

<sup>2</sup> Die IL ist ein Zusammenschluss einiger Gruppen des militanten autonomen Lagers, mehrerer revolutionär-marxistischer Organisationen sowie z. T. langjährig aktiver, nicht ausschließlich linksextremistischer Einzelpersonen.

jahr sowohl zur Verhinderung des „Naziaufmarschs“ als auch zur Störung des Gedenkens am 13. Februar 2010 aufrufen wird.

### Ausblick

Der 13. Februar dürfte sich zu einem festen Termin im Veranstaltungskalender Autonomer entwickelt haben. Es ist zumindest mit der Teilnehmerzahl wie im Jahr 2009 zu rechnen. Die weitere Entwicklung in der Mobilisierung bleibt abzuwarten.

Dem Bündnis „no pasarán!“ sind derzeit noch keine Anmeldungen zu Aufzügen oder Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 13. Februar zuzurechnen. Für die Zukunft ist jedoch mit solchen ebenso zu rechnen wie mit der Mobilisierung zu Veranstaltungen nicht extremistischer Bündnispartner.

## **2.2 Herausragende Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund**

### ***Anschlag auf ein Polizeirevier in Dresden***

In der Nacht zum 25. November 2009 warfen Unbekannte fackelähnliche Gegenstände auf das Gelände eines zu diesem Zeitpunkt unbesetzten Polizeireviers in Dresden-Plauen. Dadurch brannte der Motorraum eines Funkstreifenwagens aus. Außerdem beschädigten die Täter eine Eingangstür durch Steinwürfe.

Der Anschlag lässt auf Aktivitäten Autonomer im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Kampf um selbstbestimmte Freiräume“ schließen. Am 24. November 2009 hatte die Polizei in Berlin das langjährig besetzte Haus Brunnenstraße 183 geräumt. Daraufhin hatten Unbekannte über eine auch von Linksextremisten genutzte Internetplattform zu Solidaritätsaktionen auch in Dresden aufgerufen. Dort hieß es: „Wartet nicht auf Ankündigungen/Demos o. ä. von anderen. Organisiert euch jetzt und hier!!!, (...) Jede Räumung hat ihren Preis – und den bestimmen wir“. Bereits am Abend des 24. November 2009 waren Unbekannte in ein leer stehendes Haus auf der Oederaner Straße 19 in Dresden eingedrungen und hatten Transparente mit den Aufschriften „wir bleiben hier“ und „Brunnenstr. 183 lebt“ befestigt. Auch an einem Außenzaun an der Bautzner Straße 99 und an einer Eisenbahnbrücke waren Transparente mit den Sprüchen „Wir bleiben, alle Ballast der Republik“, „Häuser Besetzen“, „Nehmt euch was euch gehört, Solidarität mit Brunnenstraße 183“ angebracht worden.

### Hintergrund

Bereits am 19. April 2009 war ein Polizeirevier in Dresden angegriffen worden. Grund hierfür war einer Meldung im Internet zufolge die Räumung eines besetzten Hauses in Erfurt. In der Meldung wurde eine Verbindung zwischen den Ereignissen in Erfurt und dem Anschlag in Dresden hergestellt.

### **3. Ausländerextremismus**

#### **Islamismus / Islamistischer Terrorismus**

##### ***Urteilsverkündung im Prozess gegen den Mörder der Ägypterin Marwa EL SHERBINY***

Am 11. November 2009 wurde der Mörder der Ägypterin Marwa EL SHERBINY vom Landgericht Dresden zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Vorfeld hatten Personen, die der salafistischen Bewegung zuzuordnen sind, im Internet zu einer Kundgebung vor dem Landgericht aufgerufen.